

Datenschutzhinweise für Fotoaufnahmen im Rahmen von Veranstaltungen der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH)

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen können sich betroffene Personen wenden?

Verantwortlicher ist:

Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH)
Kurt-Schumacher-Straße 8
60311 Frankfurt am Main
Telefon: 069 213-22907
E-Mail: f.atmani@stadtwerke-frankfurt.de

Unser betrieblicher Datenschutzbeauftragter ist zu erreichen unter:

Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH)
Datenschutzbeauftragte
Kurt-Schumacher-Straße 8
60311 Frankfurt am Main
E-Mail: datenschutz@stadtwerke-frankfurt.de

2. Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG).

Die Anfertigung von Fotos von Veranstaltungen der SWFH und die Veröffentlichung der Fotos im Intranet sowie in Printmedien (Mitarbeiterzeitschriften, Unternehmenspräsentationen) dienen zur Öffentlichkeitsarbeit und Darstellung der Aktivitäten des Verantwortlichen, aber auch zur Dokumentation zeitgeschichtlicher/historischer Ereignisse im Konzern.

Die Fotoaufnahmen während der Veranstaltungen der SWFH erfolgen auch gemäß § 6 Abs. 1 S. 1 Buchstabe f) DS-GVO zur Wahrung berechtigter Interessen des Verantwortlichen und von Dritten. Die Aufnahmen dienen der Öffentlichkeitsarbeit und der Darstellung der Aktivitäten des Verantwortlichen, um Bekanntheitsgrad und Attraktivität des Konzerns zu erhöhen.

Zur Dokumentation von Veranstaltungen und zeitgeschichtlichen/historischen Ereignissen im Konzern des Verantwortlichen dürfen Fotos auch ohne Einwilligung verbreitet und zur Schau gestellt werden (Art. 85 DS-GVO in Verbindung mit § 23 Kunsturhebergesetz).

Soweit Sie uns eine Einwilligung zu Aufnahmen und deren Verarbeitung für bestimmte Zwecke erteilt haben, beruht die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf der Basis Ihrer Einwilligung. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden.

Bitte beachten Sie, dass der Widerruf erst für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

3. Wer bekommt die Daten?

Innerhalb der SWFH erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf die Aufnahmen, die im Rahmen der Abwicklung der Tätigkeit die Daten notwendigerweise erhalten müssen (z.B. EDV, Marketing-, Personalbereich, soweit für die Veranstaltung verantwortlich).

Auftragnehmer und Auftragsverarbeiter, die bei der Verarbeitung (Anfertigung sowie Veröffentlichung) tätig sind.

Steuerberater, Behörden (Finanzamt, sonstige Behörden) sowie Rechtsvertreter (bei der Durchsetzung von Rechten oder Abwehr von Ansprüchen oder im Rahmen von Behördenverfahren).

Die Aufnahmen werden im Intranet des Verantwortlichen und dessen Konzernunternehmen, zu dem nur ein konzerninterner Benutzerkreis Zugang hat, veröffentlicht. Außerdem können die Daten in Printmedien (Mitarbeiterzeitschriften im Konzern des Verantwortlichen, Unternehmenspräsentationen) veröffentlicht werden, und diese werden v.a. an Mitarbeiter, Gremienmitglieder, Kunden, aber z.T. auch an die Öffentlichkeit bei Bedarf verteilt.

Die Aufnahmen werden nicht an Empfänger weitergegeben, die mit diesen Daten eigene Zwecke verfolgen.

Informationen über die betroffene Person dürfen wir nur weitergeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dies vorschreiben, eine Einwilligung der betroffenen Person vorliegt oder wir zur Erteilung einer Auskunft befugt oder verpflichtet sind. Unter diesen Voraussetzungen können Empfänger personenbezogener Daten z. B. öffentliche Stellen und Institutionen bei Vorliegen einer gesetzlichen oder behördlichen Verpflichtung sein. In diesem Zusammenhang ist auch eine Weitergabe dieser Daten an Strafverfolgungsbehörden möglich.

4. Wie lange werden die Daten gespeichert?

Die Aufnahmen werden in der Regel am Ende des dritten Kalenderjahres nach Anfertigung gelöscht.

Im Übrigen sind auch gesetzliche Verjährungsfristen zu beachten, zum Beispiel nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches in der Regel 3 Jahre. Insbesondere ist eine Speicherung der Daten unter Berücksichtigung der Verjährungsfristen von zivil- und strafrechtlichen Ansprüchen über die vorgenannte Regelfrist hinaus möglich.

Eine Frist darüber hinaus ist auch möglich, wenn Ausnahmen gem. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO (z.B. zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information; für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke usw.) greifen.

5. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten (Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums – EWR) ist nicht geplant und nicht beabsichtigt.

6. Besteht eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Es ist weder vertraglich noch gesetzlich vorgeschrieben, dass die Daten bereitgestellt werden und es gibt auch keine Verpflichtung dazu.

7. Hinweise auf die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob dort sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über die personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DS-GVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z.B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (Recht auf Löschung).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DS-GVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z.B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DS-GVO verstößt (Art. 77 DS-GVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes

geltend machen. In Hessen ist die zuständige Aufsichtsbehörde der Hessische Datenschutzbeauftragte (www.datenschutz.hessen.de).